schied von ungefähr 3,5 bis 4 Milliarden Mark besteht. Mit dieser Situation müßte man sich abfinden, wenn sie die Voraussetzung wäre für eine endgültige Sanierung der öffentlichen Finanzen. Diese ist aber überhaupt noch nicht in Angriff genommen worden. Denn

alles das, was bisher unter der Bezeichnung „Finanzreform" vor sich ging, war in Wirklichkeit nichts anderes als ein Hin- und Herschieben zwischen den Ausgaben des Reiches, der Länder, der Kommunen und der sozialen Versicherungseinrichtungen.

Eine wirkliche Finanzreform, die nur in einer Senkung der öffentlichen Aufwendungen insgesamt bestehen kann, ist bisher überhaupt noch nicht versucht worden. Wie mit einer solchen Finanzpolitik ein moralischer Anspruch auf Reparationsrevision gerechtfertigt und wie mit einer solchen zusätzlichen Belastung die mehr als je erforderliche Selbstkosten- und Preissenkungsaktion durchgeführt werden soll, ist unerfindlich. Je deutlicher die Folgen der bisherigen Steuer- und Finanzwirtschaft zutage traten, desto stärker mußte notgedrungen die Kritik am Staat und die Abneigung gegen ihn werden. Auf diese Weise ist aus der Finanzkrise die Staatskrise entstanden. Hier liegt der Kernpunkt und die Hauptgefahr des jetzigen Zustandes.

Volksbegehren auf Landtagsauflösung in Thüringen

Nachdem über 1000 Stimmberechtigte den Antrag des Bezirkes Groß-Thüringen der Kommunistischen Partei wegen des Volksbegehrens auf Auflösung des Thüringischen Landtages unterzeichnet haben, sind nach einer Bekanntgabe des thüringischen Innenministeriums die Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens erfüllt. Die Abstimmungszeit läuft vom 19. April bis 2. Mai.

(Man vergleiche Bild und Text auf der nebenstehenden Beilagenseite.)

Berliner Oberbürgermeister wird Dr. Sahm werden

Die interfraktionellen Verhandlungen über die Frage der Besetzung des Berliner Oberbürgermeisterpostens haben nunmehr einen gewissen Abschluß gefunden. In einer gemeinsamen Besprechung der Führer der SPD., des Zentrums, der DVP. und der Staatspartei ist eine Einigung erzielt worden. Wie verlautet, ist mit einiger Bestimmtheit damit zu rechnen, daß der ehemalige Danziger Senatspräsident Dr. Sahm Oberhaupt der Reichshauptstadt werden wird. Die SPD., die auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet haben soll, dürfte dafür von den freien Posten der beiden Bürgermeister und des Kämmerers voraussichtlich zwei erhalten.

Frankreichs Parlament wird in die Ferien geschickt

Aus Paris wird gemeldet:

Kammer und Senat haben sich am Mittwochnachmittag nach Erledigung des Haushaltes bis zum 5. Mai vertagt, ohne daß die angekündigte außenpolitische Aussprache stattgefunden hätte.

In gewissen parlamentarischen Kreisen ist man über die plötzliche Vertagung der Kammer sehr erregt und spricht von einer „Ueberrumpelung".

Die Erregung wird in erster Linie darauf zurückgeführt, daß die Aussprache über die deutsch-österreichische Zollunion nicht zustande gekommen und daß kein Termin dafür festgesetzt worden ist. In politischen Kreisen nimmt man an, daß das Kabinett und mit ihm die Regierungsmehrheit den Wunsch gehabt hat, außenpolitische Auseinandersetzungen zu vermeiden und Briand keinen Schwierigkeiten auszusetzen.

Nach dem Wiederzusammentritt der beiden Häuser am 5. Mai wird sich das ganze Interesse der französischen Präsidentenwahl zuwenden, die auf den 13. Mai festgesetzt ist.

Geschickte französische Fremdenwerbung

Der Interministerielle Ausschuß, der sich mit Fragen zur Hebung des Fremdenverkehrs in Frankreich befaßt, hat jetzt beschlossen, für die Dauer der Internationalen Kolonialausstellung in Paris, das heißt für fünf Monate, den Paßzwang zur Einreise nach Frankreich abzuschaffen. Diese Maßnahme ist deshalb ergriffen worden, um den zahlreichen Besuchern eine Ausgabeersparnis zu ermöglichen. Um jedoch den Zustrom unerwünschter Elemente zu verhindern, muß jeder Ausländer im Besitze eines Personalausweises sein, der vom französischen Konsulat visiert werden muß.

Das Ergebnis der Romer Getreidekonferenz

Die Arbeiten der drei Ausschüsse der Weltgetreide-Vorkonferenz in Rom sind am Mittwochnachmittag praktisch beendet worden. Als Ergebnis der Verhandlungen ist zunächst der Ausschuß über die Einberufung der Tagung der europäischen und überseeischen Ausfuhrländer zu erwähnen, an der Rußland teilnehmen wird und zu der auch die Vereinigten Staaten eingeladen worden sind. Die Tagung wird voraussichtlich am 18. Mai in London beginnen.

Die deutsche Industrie ist zufrieden

Anerkennung für das Zollabkommen

In der Vollversammlung des Verbandes der Industrie- und Handelskammern Wuppertal, Solingen und Düsseldorf ging Geheimrat Professor Duisberg u. a. auf die deutsch-österreichische Zollunion und ihre Wirkung auf die deutsche Ausfuhr ein. Er bezeichnete die geplante Zollunion als

eine befreiende Tat, die endlich einmal eine Bresche in die auf die Dauer unhaltbaren Zollmauern Europas schlage.

Nach den jahrelangen Erörterungen und theoretischen Versuchen werde hier zum ersten Male die Lösung des europäischen Wirtschaftsproblems praktisch angepackt und eingeleitet, ohne internationale Abmachungen zu verletzen.

Anschließend nahm Geheimrat Duisberg zu den Befürchtungen der Ausfuhrindustrie wegen drohender Agrarzollerhöhungen auf Grund der Ermächtigung der Regierung Stellung. Er gab der Meinung Ausdruck, daß nach dem Inhalt des Gesetzes und nach der Erklärung des Reichskanzlers die Ermächtigung

nur dann in Anspruch genommen werde, wenn sich keine Gefährdung der handelspolitischen Position daraus ergebe.

Er habe das Vertrauen zu der Einsicht und Standhaftigkeit der deutschen Regierung, daß sie auf dem Agrarzollgebiet die Interessen der Landwirtschaft und der Industrie richtig abwäge und die Agrarzollpolitik so betreibe, wie es das Interesse der gesamten Wirtschaft erfordere.

Spaltung der Nationalsozialisten

Warum es zum Bruche kam

Der bereits seit längerer Zeit vorhandene, aber immer wieder überbrückte Gegensatz zwischen der Münchener Zentrale der NSDAP. und der Berliner Gauleitung ist merkwürdigerweise an dem gleichen Tage, an dem in Thüringen der Innenminister Frick gestürzt wurde, zum Austrag gelangt.

Die Vorgeschichte ist in kurzen Zügen folgende: Hauptmann Stennes war bereits seit geraumer Zeit mit der „legalen Kompromißhaltung" der Münchener Zentrale nicht mehr einverstanden. Er fühlte sich als Vorkämpfer der sozialistischen und revolutionären Tendenzen der Bewegung und galt als Führer der Unzufriedenen. Vor einigen Wochen knüpfte er Verhandlungen mit dem Augsburger Studienrat Dr. Dickel an, der als Leiter der antisemitischen und sozialistisch eingestellten Deutschen Werkgemeinschaft bekannt ist. Dickel hatte ein Programm zur radikalen Bekämpfung des Arbeitselends ausgearbeitet.

Stennes erklärte sich damit einverstanden und wollte gemeinsam mit Dickel einen Reichsbund der Erwerbslosen" gründen, für den auch die Berliner SA., die geschlossen hinter Stennes steht, eingesetzt werden sollte.

Ein Vermittlungsversuch, zu dem von Hitler der oberste Führer der SA., Oberstleutnant Röhm, nach Berlin entsandt wurde, schlug fehl. Nach der Rückkehr von Röhm nach München wurde Stennes durch einen Stabsbefehl seines Postens enthoben, weil er „die Bewegung gefährde" und an seiner Stelle Oberleutnant Schulz-Stettin mit der Führung der Berliner SA. beauftragt.

Da dieser Befehl bereits veröffentlicht wurde, bevor ein eingeschriebener Eilbrief mit derselben Nachricht in die Hände von Stennes gelangte, gab es bei der Gauleitung Berlin der NSDAP. und bei den Berliner SA. großen Wirrwarr. Noch am Mittwochabend, d. h. fast 24 Stunden nach der Münchener Veröffentlichung, erschien das Berliner Organ „Der Angriff" von Dr. Goebbels unter der Hauptüberschrift: „Hauptmann Stennes nicht abgesetzt!" Stennes selbst bezeichnet darin die angebliche Bekanntmachung Hitlers als eine Veröffentlichung, die er dem Führer der NSDAP. nicht zutraue, weil sie „nicht nur eine Unanständigkeit, sondern auch einen Wortbruch Adolf Hitlers bedeuten würde". Die weitere Entwicklung in Berlin ist unter diesen Umständen noch nicht abzusehen.

Die Gefahr einer Spaltung der NSDAP. scheint allerdings in unmittelbare Nähe gerückt zu sein.

Die Nachricht, daß auch Dr. Goebbels seines Postens enthoben und nach Wien versetzt wurde, wird bisher von amtlichen Stellen der Parteileitung in München dementiert.

*

7 Gaustürme stellen sich hinter Hauptmann Stennes

Die Redaktion des Goebbels-Organs „Der Angriff" übermittelt der T. U. eine Erklärung von Hauptmann Stennes, die gleichzeitig von folgenden Oberführern der SA. unterzeichnet ist. Für Berlin, gez. Wetzel, für Brandenburg-Ostmark, gez. Beltjens, für Mecklenburg, gez. Püstrow, für Pommern, gez. Lustig, für Schlesien, gez. Kremser. In der Erklärung heißt es:

„Durch Verfügung des Stabschefs der SA., Hauptmann a. D. Röhm, bin ich in meiner Dienststellung als Gruppenführer Ost enthoben worden. Damit ist der Treubruch Hitlers, den ich noch gestern für unmöglich gehalten habe, Tatsache geworden. Getragen von dem Vertrauen der mir unterstellten SA.-Verbände habe ich die Uebernahme der Führung der Bewegung in den Provinzen Mecklenburg, Pommern, Brandenburg-Ostmark, Schlesien und in der Reichshauptstadt durch die SA. angeordnet.

Die revolutionäre Schwungkraft der SA. ist durch die politische Leitung der NSDAP. mit bürgerlich-liberalistischen Tendenzen durchsetzt worden. Damit ist der Lebensnerv einer Bewegung getroffen worden, von der erwartet werden konnte, daß sie das soziale Elend des deutschen Volkes beheben würde. Die politische Leitung hat das Volk um diese Erwartung betrogen, indem sie versuchte, aus der nationalsozialistischen Kampfbewegung eine Partei zu machen, die sich in nichts von anderen Parteien unterscheidet. Wer Kompromisse schließt, kompromittiert sich selbst.

Die SA. soll dem Streben nach Ministersesseln der politischen Leitung geopfert werden. Wir Kämpfer sind 1918, 1920 und 1923 um den Sieg unserer Sache betrogen worden. Jetzt sind wir auf der Hut und ziehen die Konsequenzen.

Der Gruppenführer Ost
gez. Stennes."

*

Goebbels bleibt Hitler treu

Im Zusammenhang mit der Absetzung des Hauptmanns Stennes veröffentlicht Dr. Goebbels folgende Erklärung:

„Es bestehen keinerlei Gegensätze zwischen Adolf Hitler und mir. Nicht nur, daß ich politisch voll und ganz und in unerschütterlicher Treue hinter meinem Führer Adolf Hitler stehe, verbindet mich darüber hinaus mit ihm ein Band persönlicher Freundschaft, das niemals und durch niemanden und nichts zerrissen werden kann."

Nicaraguas Heimsuchung

Eine Katastrophe von ungeheurem Ausmaß

In den Berichten brittischer Handelshäuser wird die Zahl der Toten auf 1150 und die der Verwundeten auf 8000 geschätzt. Die Zufuhr von Medikamenten und Nahrungsmitteln durch Flugzeuge ist ungenügend. Der Schaden wird wahrscheinlich in der Hauptsache von englischen Versicherungsgesellschaften getragen werden müssen. Wie weiter gemeldet wird, sind bei dem Einsturz des Gefängnisses 150 Gefangene, die in ihren Zellen eingeschlossen waren, unter den Trümmern begraben worden. Der Präsident von Nikaragua mußte die Nacht in einem Zelt verbringen.

Die Trümmer der englisch-südamerikanischen Bank, in deren Stahlkammer 2 Millionen Reichsmark lagen, mußten aus Sicherheitsgründen gesprengt werden.

Die Stadt ist durch die schweren Erdstöße, denen eine Feuersbrunst folgte, völlig vernichtet worden.

Die deutsche Kolonie hat keine Todesopfer zu beklagen,

allerdings wurden einige Deutsche verwundet. Das deutsche Konsulatsgebäude ist zertrümmert. Die amerikanische Gesandtschaft wurde durch Feuer vernichtet. Amerikanische Truppen versehen zurzeit in der Stadt den Wachdienst. Die Bevölkerung ist geflüchtet.

Die Erklärung des Standrechts hat bis jetzt Plünderungen verhindert.

Unter den Trümmern soll eine ganze Reihe von Angehörigen der amerikanischen Kolonie liegen.

Managua wartet auf Hilfe

Wie aus Managua gemeldet wird, macht die Bekämpfung der Feuersbrunst jetzt bessere Fortschritte, da der Wind umgesprungen ist. Unter den Trümmern sollen noch zahlreiche Todesopfer, zumeist Frauen und Kinder, liegen. Die Aerzte des einzigen unversehrt gebliebenen Krankenhauses erwarten sehnsüchtig das Eintreffen von Hilfe. Mehrere Marineflugzeuge mit Aerzten, Schwestern und Medikamenten sind unterwegs.

Ein neues Band, das Deutschland und Italien verbindet

Die beiden Verkehrsflugzeuge der Deutschen Lufthansa, die am 1. April den Luftverkehr auf der Strecke Berlin—München—Rom eröffnet haben, sind nachmittags um 16.40 Uhr kurz hintereinander auf dem Flugplatz Centocelle bei Rom gelandet. Auf dem Flugplatz hatten sich zum Empfang der Gäste der italienische Luftfahrtminister General Balbo, Unterstaatssekretär Pennavaria, der Kommandant der Luftzone Rom, General Lombard, und vom Außenministerium der Gesandte Taliani eingefunden. Der deutsche Botschafter v. Schubert war mit sämtlichen Herren der Botschaft anwesend. Der Reichverkehrsminister wurde vom General Balbo in Empfang genommen und schritt dann die Ehrenkompanie der italienischen Fliegertruppe ab. Am Abend gab der italienische Luftfahrtminister zu Ehren des Reichsverkehrsministers ein Festessen.

Hierbei entbot General Balbo den Gästen die Grüße der italienischen Luftfahrt. Die Luftverbindung Berlin—Rom entspreche der tatsächlichen Notwendigkeit der schnellsten Verbindung der beiden großen Hauptstädte zu nützlichem gegenseitigen Interessenaustausch.

Sie sei ermöglicht worden durch den Geist freundschaftlichen Willens, froher Zusammenarbeit, die jegliches Hindernis überwunden habe.

Die kameradschaftlichen Gefühle, die die deutsche und die italienische Luftfahrt hegten, hätten sich schon bei anderen Gelegenheiten gezeigt. Minister von Guérard dankte für den Empfang und führte u. a. aus:

Die Deutschen seien nicht in der Lage, ihrem Namen durch Luftgeschwader Achtung zu verschaffen.

Ihnen sei nur die Verkehrsluftfahrt offen. Auf diesem Gebiete der Luftfahrt nur könnten sie sich bemühen, in edlem Wettbewerb mit den anderen Völkern Fortschritte zu erzielen. Der Geschwaderflug, den Exzellenz Balbo über den Ozean ausgeführt habe, sei eine geschichtliche Tat in der Entwicklung der Luftfahrt. Die Deutschen hätten diese Tat bewundert und hätten auch den Schmerz des italienischen Volkes mitempfunden um die bei diesem gewaltigen Unternehmen gebliebenen Helden. „Mögen", so schloß v. Guérard, „die neuen Verkehrsverbindungen zwischen unseren Hauptstädten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern dienen. Mögen sie das Verständnis unserer Völker zueinander fördern und sie dadurch einander näherbringen."

Eine beachtliche Leistung

Wie amtlich aus Moskau mitgeteilt wird, sind die der russischen Petroleumindustrie innerhalb des Fünfjahresplans gestellten Aufgaben bereits jetzt nach Ablauf von 2½ Jahren erfüllt worden. Aus diesem Anlaß hat das Vollzugskomitee der Sowjetunion 100 Arbeitern und Technikern des Petroleumtrustes den Leninorden verliehen.

Aegypten bereitet England wieder Sorgen

Der ägyptische Ministerpräsident hat Truppen und ein größeres Polizeiaufgebot nach Beni Suef entsandt, um Unruhen vorzubeugen, die man im Zusammenhang mit dem neuen Propagandafeldzug der Wafdpartei (Nationalistenpartei) erwartet.

Zwischen den Liberalen und der Wafdpartei ist eine Einigung erzielt worden, in der sie sich u. a. gegenseitig verpflichten, einen etwa von dem Ministerpräsidenten Sidky Pascha abgeschlossenen Vertrag mit England nicht anzuerkennen und die Wahlen zu boykottieren.

Erleichterung der Einwanderungsbestimmungen nach Kanada

Nach Mitteilung der Verwaltungen der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd sind die Einreisebestimmungen für Kanada neuerdings gemildert worden. Darnach erhalten jetzt Landwirtsfamilien, die im Besitz von mindestens 1000 Dollars sind und sich in den Provinzen Neubraunschweig und Neuschottland ansiedeln wollen, die Einreiseerlaubnis.

Wettervorhersage.

Teils, besonders im Anfang, noch schönartig heiten, später, im Laufe des Tages, vorwiegend bewölkt. Temperaturen noch etwas ansteigend. Oestliche und südliche Winde, Flachland schwach bis mäßig, Gebirge zeitweise auffrischend.